

7
81

Union in Deutschland

Bonn, den 26. Februar 1981

Zehn Punkte gegen höhere Steuern

Die Debatte im Deutschen Bundestag hat bestätigt, daß es kein überzeugendes Argument für die von der SPD/FDP-Regierung beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer und der Branntweinsteuer gibt. Die CDU/CSU wird sich an dieser staatlichen Preistreiberi mit ihren unabsehbaren Folgen für die Existenz von Betrieben und Arbeitsplätzen nicht beteiligen.

Die Verantwortung muß allein die SPD/FDP-Koalition tragen, erklärte der Sprecher der Union, MdB Wolfgang Schäuble, und faßte in einem Zehn-Punkte-Katalog die Gründe der Ablehnung zusammen:

1. Steuererhöhungen sind der falsche Weg zur Sanierung des Bundeshaushalts. Wer aus dem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichem Rückgang, Preissteigerungen, Staatsverschuldung und Zahlungsbilanzdefizit herausführen will, muß bei den Staatsausgaben sparen und die private Investitionstätigkeit beleben. Steuererhöhungen werden unsere Probleme weiter verschärfen.
2. Angesichts starker Ölpreissteigerungen kann eine zusätzliche Benzinpreisbelastung durch

(Fortsetzung auf Seite 2)

KONJUNKTUR

Die Lebenslügen dieser Koalition werden weitergeschleppt

Gibt es den Kanzler noch?

Investitionshemmnisse abbauen

Arbeitslosigkeit verhindern — nicht verwalten

Orientierungslose Mittelstands-politik

Seite 3—8

WOHNUNGSBAU

SPD-Papier ein Dokument der Ratlosigkeit

Seite 12

DEUTSCHE NATION

Überwindung der Teilung ist nur in Freiheit möglich

Seite 13

RENTEN

Ehrenbergs Schönfärberei irritiert und verunsichert

Seite 14

ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Erfahrungsaustausch der CDU-Verbände über die Arbeit für und mit behinderten Mitbürgern

rosa Teil

DOKUMENTATION

Das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1980

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

8 Pfennig Mineralöl- und Mehrwertsteuererhöhung eine Schockwirkung auslösen, die das Nachfrageverhalten breiter Käuferschichten erheblich belastet und damit zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet.

3. Auch die Einführung einer Besteuerung des Isopropylalkohols in kosmetischen Erzeugnissen wird in der chemischen und kosmetischen Industrie sowie im Friseurhandwerk und im Einzelhandel zusätzliche Arbeitsplätze gefährden.

4. Die Erhöhung der Mineralölsteuer wird nicht zu einer nennenswerten Öleinsparung führen. Die Bundesregierung selbst geht bei ihrer Schätzung der zusätzlichen Steuereinnahmen von einer unveränderten Benzinverbrauchsentwicklung aus.

5. Die Steuererhöhung wird deshalb kaum einen Beitrag zur Verringerung des Leistungsbilanzdefizits leisten. Wer die Öleinfuhren verringern will, muß andere Energiearten stärker nutzen. Steuererhöhungen sind kein Ersatz für den notwendigen Bau von Kern- und Kohlekraftwerken.

6. Die Benzinverteuerung belastet gerade Arbeitnehmer im ländlichen Raum unzumutbar, die bei oft langen Anfahrtswegen zum Arbeitsplatz von ihrem privaten Kraftfahrzeug nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können. Zu der längst gebotenen und oft versprochenen Erhöhung der Kilometerpauschale ist die Bundesregierung nicht bereit.

7. Die Mineralölsteuererhöhung macht alle Hoffnungen auf eine durchgreifende Reform der Kraftfahrzeugsteuer zunichte. Einnahmeausfälle aus einer Reform der Kraftfahrzeugsteuer müssen

über die Mineralölsteuer ausgeglichen werden können. Dazu ist nach dieser Mineralölsteuererhöhung kein Raum mehr.

8. Die Erhöhung der Branntweinsteuer belastet die ohnedies von starken Einkommenseinbußen betroffene Landwirtschaft zusätzlich.

9. Die Branntweinsteuer verschärft auch die schwierige Wettbewerbslage der Spirituosenindustrie.

10. Die einmalige Verkürzung des Zahlungsaufschubs für Branntweinabgaben schafft für die Hersteller von Branntwein und Branntweinerzeugnissen dauerhafte Liquiditätsprobleme, nur um in einem einzigen Haushaltsjahr die Bundesfinanzen einmalig um 300 Mio. DM aufzubessern. Es ist ein trauriger Beweis für die Hilflosigkeit des Bundesfinanzministers, daß er mit solch kurzfristigen Maßnahmen sich um die notwendigen Sparbeschlüsse zu drücken versucht.

Bonn vernachlässigt die Studenten

Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Hanna-Renate Laurien hat der Bundesregierung vorgeworfen, sie vernachlässige die Studenten. In einer Erklärung betonte sie, die soziale Lage der Studenten verschärfe sich vor allem dadurch, daß sich Bonn aus der Förderung des Studentenwohnheimbaus zurückziehen wolle und vorliegende Förderungsanträge nicht bewillige. Dadurch werde auch das nach den Hochschulunruhen der 60er Jahre wiedergewonnene Vertrauen der jungen Generation in den Staat ernsthaft gefährdet. Nach Angabe der Politikerin fehlen gegenwärtig in der Bundesrepublik rund 35 000 Wohnheimplätze für Studenten.

■ JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Die Lebenslügen dieser Koalition werden weitergeschleppt

Der vom Bundeswirtschaftsminister vorgelegte Jahreswirtschaftsbericht steht auf tönernen Füßen: Die ihm zugrunde liegenden Annahmen über eine moderate Entwicklung der Erdölpreise, angemessene Tarifabschlüsse und eine Lockerung der restriktiven Zinspolitik der Bundesbank sind ungesichert.

Darüber hinaus verlangt der grundsätzlich begrüßenswerte Appell an die marktwirtschaftlichen Kräfte in unserem Land ein politisches Umdenken in der Koalition, das nicht von der SPD als ganzer und auch nicht von Teilen der FDP erwartet werden kann. Die mangelnde Einsichtsfähigkeit weiterer Teile dieser Koalition in marktwirtschaftliche Zusammenhänge haben ihre Debattenbeiträge zum Mineralölsteuer-Erhöhungsgesetz wieder einmal deutlich gemacht, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Walther Leisler Kiep, in der zweitägigen Debatte des Deutschen Bundestages.

Die Verweigerung einer objektiven Ursachenanalyse für unsere gegenwärtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme durch den Bundeswirtschaftsminister gehört mit zu dem großangelegten Verdrängungsprozeß, durch den sich auch die FDP aus ihrer nunmehr schon 10jährigen Regierungsverantwortung stehlen will.

Graf Lambsdorff hat in seiner Rede über weite Passagen den Eindruck

erweckt, als ob er nach dem 5. Oktober 1980 von einem fernen Stern kommend in der Bundesrepublik gelandet sei und die durch einen unbekannten Vorgänger verursachten Probleme vorgefunden habe.

Nicht anders läßt sich die Art und Weise beschreiben, in der er sich mit der hohen Staatsverschuldung und ihren ernstesten Auswirkungen für die finanzpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung sowie dem energiepolitischen Stillstand mit seinen schwerwiegenden Konsequenzen für die Sicherheit der Energieversorgung und unserer Leistungsbilanz auseinandergesetzt hat.

Die Lebenslügen dieses Regierungsbündnisses werden weitergeschleppt:

— Man gibt vor, Sachwalter des sozialen Friedens zu sein, während man ständig den Zugriff des Staates auf die Einkommen der Bürger erhöht und durch bürokratische Einschränkungen die individuelle Entscheidungsfreiheit immer stärker gefährdet.

— Man hält schwerwiegende Haushaltsrisiken weiter unter der Decke, wodurch der Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung zu einem finanzpolitischen Täuschungsmanöver werden.

Man glaubt, gleichzeitig für und gegen die Kernenergie sein zu können und entledigt sich der politischen Verantwortung durch „Regionalisierung“.

Wichtige materielle Rahmenbedingun-

gen müssen gesichert werden. Dazu gehören

— eine Energiepolitik aus einem Guß mit einer verlässlichen Perspektive für die 80er und 90er Jahre;

— Konsolidierung der zerrütteten Staatsfinanzen zur Wiederherstellung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates;

— Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Welt- und Binnenmarkt;

— ein Bildungssystem, das unsere geistigen und handwerklichen Fähigkeiten freisetzt.

Diese Rahmenbedingungen sind verletzt. Von ihrer Wiederherstellung hängt es ab, ob das ausreichende Maß an Vertrauen unserer Bevölkerung in die Politik der Bundesregierung gewonnen werden kann.

Die im Jahreswirtschaftsbericht enthaltenen Ziele bedürfen nicht nur einer handlungsfähigen Regierung, sondern in viel größerem Maße eines gesellschaftlichen Konsens.

Der Bundeswirtschaftsminister hat Recht, wenn er sagt, daß kein Anlaß zur Resignation besteht, doch sein Appell an die Leistungsbereitschaft der Unternehmen und der Arbeitnehmer wird nur dann Früchte tragen, wenn die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sich geschlossen und ohne Widersprüche zur Sozialen Marktwirtschaft bekennen.

Besonders der Jugend gegenüber muß jedoch deutlich gemacht werden, daß die Soziale Marktwirtschaft kein Selbstzweck ist, sondern der einzig denkbare Weg, unserer Gesellschaft die Freiheit von Not zu sichern, die für die Verwirklichung unserer Verfassungsideale Voraussetzung ist.

ERNST ALBRECHT

Gibt es den Kanzler noch?

Schneidende Kritik am mangelnden politischen Mut des Bundeskanzlers übte Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU). Er warf dem Kanzler und der SPD vor, die energiepolitischen Versäumnisse verantworten zu müssen, die die immer noch ölabhängige Bundesrepublik schon in wenigen Jahren an den Rand internationaler Zahlungsschwierigkeiten bringen könnten.

Ernst Albrecht erklärte u. a.: Die Verschlechterung unserer Situation ist kein unabdingbares Schicksal gewesen. Spätestens seit 1974 konnte jeder wissen, daß das Erdöl von Jahr zu Jahr teurer werden würde. Spätestens seit diesem Zeitpunkt mußte eine vorausschauende Politik deshalb vor allem eine Politik „weg vom Öl“ sein. Genau dies ist in der Bundesrepublik nicht geschehen. Die Zahlen beweisen es. Noch im Jahre 1979 lagen unsere Einfuhren, in Tonnen ausgedrückt, höher als zur Zeit der ersten Erdölkrise im Jahre 1974.

Eine wirksame Politik „weg vom Öl“ hat es nicht gegeben. Die Bundesregierung hat den Marktmechanismus wirken lassen. Und in der Tat haben die Preissteigerungen zu gewissen Einsparungen geführt.

Eine Politik „weg vom Öl“, die den Namen verdient, ist aber erst dann vorhanden, wenn andere Energien bereitgestellt werden, um an die Stelle des Öls zu treten. Dies ist nicht geschehen, weil die Bundesregierung — vor allem die SPD — dazu politisch nicht in der Lage war.

Die Politik „weg vom Öl“ entscheidet sich in Wahrheit an der Stellungnahme zur Einfuhrkohle und zur Kernenergie. Nur der Vollständigkeit halber will ich unterstreichen, daß alle deutschen Parteien sich einig sind über die Notwendigkeit Energie zu sparen, über die Notwendigkeit, das Fernwärmenetz auszubauen, die sogenannte „Softenergie“ stärker zu nutzen und auch die deutsche Kohle so zu nutzen, wie die Fördermöglichkeiten es erlauben.

Auch wenn all dies getan wird, sind unsere Probleme damit aber nicht im entferntesten gelöst. Wir haben zur Zeit einen Energieverbrauch von über 400 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten. In den kommenden 20 Jahren wird der Bedarf nochmal um rund 200 Millionen Tonnen steigen. Die deutsche Kohle kann in den nächsten Jahren jedoch nur etwa 8 Millionen Tonnen zusätzlich liefern, wobei es gleichgültig ist, ob es schließlich 8 Millionen, 10 Millionen oder 12 Millionen Tonnen sind.

Sowohl der künftige Energiebedarf als auch ein Teil des zur Zeit vom Erdöl gedeckten Bedarfs können nur dann gedeckt werden, wenn die Bundesrepublik entschlossen alle Möglichkeiten nutzt, Einfuhrkohle zu sichern und die Kernenergie weiter auszubauen.

Beides hat die Bundesregierung versäumt. Sie hat seit Jahren versäumt, sich ausländische Kohle langfristig zu sichern, d. h. nicht nur privatrechtlich, sondern auch völkerrechtlich zu sichern. Noch schlimmer aber ist die Unfähigkeit der Regierungskoalition, und hier vor allem der SPD, den Beitrag der Kernenergie klar zu definieren und in der Praxis zu sichern.

Geradezu dramatisch wird dies illustriert durch das Possenspiel um Brokdorf, das in Wahrheit ein Trauerspiel

ist. Eine senatseigene Gesellschaft, die sich beteiligen will am Bau von Brokdorf, ein Bürgermeister, der gegen das Projekt der senatseigenen Gesellschaft agiert. Angesichts dieser Widersprüche dann eine Koordinierungssitzung von Senat, Fraktion und Parteivorstand der SPD, in deren Verlauf ein Votum für Brokdorf zustande kommt. Ein Bürgermeister, der sich dann an den Parteitag wendet, um hier erneut eine Mehrheit gegen Brokdorf herbeizuführen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt stellte sich die Frage, gibt es da auch noch einen sozialdemokratischen Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, oder ist dieser Bundeskanzler längst weggetreten?

Spätestens zu diesem Zeitpunkt mußte der Bundeskanzler kämpfen, sich persönlich vor dem Parteitag engagieren; genau dies hat er nicht getan. Statt dessen hat er die Spitzen der norddeutschen SPD zu einem Gespräch nach Bonn gebeten, um einvernehmlich mit ihnen festzustellen, daß Brokdorf eine regionale Angelegenheit sei. In Wahrheit weiß jeder, daß Brokdorf Symbolwert hat, daß es zum Prüfstein für die deutsche Energiepolitik geworden ist.

Nach dem Parteitagsbeschuß dann die stundenlangen Beratungen im Hamburger Senat, der so zerstritten ist in dieser Frage, daß er völlig handlungsunfähig geworden ist. Das Ergebnis der Senatssitzung ist die Forderung nach einer dreijährigen Denkpause. Die ganze Absurdität dieses Vorgangs wird deutlich, wenn man sich klarmacht, daß bei der SPD bereits seit sieben Jahren Denkpause herrscht. Regieren ist etwas anderes, regieren heißt: Erst denken, dann diskutieren, und dann aber auch entscheiden.

THEO WAIGEL

Investitionshemmnisse abbauen

SPD und FDP vermittelten im zurückliegenden Bundestagswahlkampf den Bundesbürgern den Eindruck, die Bundesrepublik würde mit den wirtschaftlichen Problemen und vor allem mit den Folgen der Ölpreissteigerung spielend fertig, Haushalts- und Verschuldungsprobleme gäbe es nicht, die Opposition betreibe das Geschäft der Schwarzmalerei und wecke in unverantwortlicher Weise bei der Bevölkerung Ängste über die künftige Wirtschaftsentwicklung.

Während in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers noch von einer gesunden Wirtschaft die Rede war, ist nunmehr offenkundig, daß wir uns nach 1967 und 1974 auf dem Marsch in die dritte Rezession in der Nachkriegsgeschichte befinden, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Theo Waigel, in der Debatte.

Der Jahreswirtschaftsbericht 1981 ist der Versuch einer realistischen Beschreibung der wirtschaftlichen Lage. Die prognostizierten Eckwerte (Wachstum des realen Sozialprodukts um 0 bis 1 Prozent, Arbeitslosenzahl von 1,2 Millionen, Anstieg der Verbraucherpreise um 4,5 Prozent, Leistungsbilanzdefizit von 22—25 Milliarden DM) erscheinen noch zu optimistisch. Unbestreitbar ist jedoch, daß alle im Stabilitätsgesetz verankerten Ziele verfehlt werden.

Die Hoffnung auf eine konjunkturelle Wende im zweiten Halbjahr ist trügerisch.

Die weitere Wirtschaftsentwicklung hängt entscheidend von der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung, den Tarifabschlüssen, der Preispolitik der OPEC-Staaten und der Wirtschaftsentwicklung unserer Partner ab.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es nun, gestützt durch eine stabilitätsorientierte Geldpolitik und durch eine konjunkturgerechte Tarifpolitik, die bestehenden Investitionshemmnisse abzubauen, die Rahmenbedingungen für private Investitionen und Innovationen zu verbessern und die Wirtschaftspolitik insgesamt wieder stetiger und längerfristig kalkulierbar zu gestalten. Wenn dieser Kurswechsel erfolgt, kann auch die aktuelle Wachstumsschwäche überwunden werden.

Der Bundeswirtschaftsminister hat sich bislang mehr durch große Worte als durch Taten hervorgetan. Wenn der Bundeswirtschaftsminister eine angebotsorientierte Konjunktur- und Wachstumspolitik betreibt, bestehende Investitionshemmnisse im Bereich der Kommunikationstechniken, des Wohnungbaus und des Kraftwerkbaus abzubauen und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessern kann er auf die Unterstützung der Opposition rechnen.

Graf Lambsdorff wird in den kommenden Monaten unter Beweis stellen müssen, ob er innerhalb der Bundesregierung und der Koalition eine solche Politik durchzusetzen in der Lage ist, oder ob er den Forderungen nach neuen Ausgabenprogrammen und dirigistischen Eingriffen nachgibt.

NORBERT BLÜM

Arbeitslosigkeit verhindern — nicht verwalten

Im 7. Jahr über eine Million Arbeitslose und kein Land in Sicht, das ist das Ergebnis einer Politik, die sich selbst „sozial-liberal“ nannte, erklärte MdB Norbert Blüm, stellv. Fraktionsvorsitzender, in der Debatte. Was ist daran sozial? Was ist daran liberal? Liberal kann nicht sein, daß immer mehr Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt durch Unterstützung finanzieren und immer weniger ihn durch Arbeit verdienen.

Und sozial kann es nicht sein, wenn die Gesellschaft auseinanderfällt in Arbeitsbesitzer und Arbeitslose. Neue Privilegien teilen die Gesellschaft: Die Jungen, Gesunden, Tüchtigen (die ins Leistungskorsett der Gesellschaft Passenden) erhalten Arbeit, und die Schwächeren werden ausgeschwitzt, notfalls mit gut dotierten Sozialplänen sanft ins Freie befördert.

Sozial- und Freidemokraten wollten die Arbeit humanisieren, sie haben den Arbeitsmarkt brutalisiert.

Der Anteil der Kranken und Schwachen unter den Arbeitslosen nimmt zu. Im September 1975 betrug der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen 20,2 %, fünf Jahre später, im Herbst 1980, waren es 32,2 %.

Die Arbeitslosen über 55 machten im Herbst 1975 einen Anteil von 10,2 % aus, fünf Jahre später waren es bereits 15,5 %.

Der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit betrug 1975 45,7 %, 1980 55,2 %.

Ein Drittel der Beschäftigten sind Frauen. Sie stellen aber über die Hälfte der Arbeitslosen. Die Frauen stehen wieder einmal auf dem Verschiebebahnhof der Konjunktur. Sie sind zur konjunkturpolitischen Einsatzreserve degradiert.

SPD/FDP loben sich, das soziale Netz ausgebaut zu haben, in Wirklichkeit rattert das Sieb schneller, durch welches die Schwächeren aussortiert werden. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt ihre Härte zu. Was macht die Regierung? Sie verkündet den Aufschwung und verwaltet die Arbeitslosen.

Soviel helfende Hände kann eine gute Sozialpolitik gar nicht haben, wie eine schlechte Wirtschaftspolitik Wunden schlägt. Eine gute Wirtschaftspolitik, die Arbeitslosigkeit vermeidet, ist sozialer als eine Sozialpolitik, welche lediglich die Folgen der Arbeitslosigkeit lindert. Sie ist auch billiger: Eine Million Arbeitslose kosten uns pro Jahr 20 Mrd. Mark. Was könnte mit 20 Mrd. Mark alles bewerkstelligt werden? Eine Million Arbeitslose weniger und 20 Mrd. Mark mehr, das ist das akute Ziel einer guten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch um Zufriedenheit. Arbeiter sind zufriedener als Arbeitslose.

Es wird nach einem neuen Konjunkturprogramm gerufen. Woher jedoch soll der Staat das Geld nehmen? Im Kernenergiebereich liegen Investitionsvorhaben von 40 Milliarden Mark brach. Soviel kann die tüchtigste Regierung staatlich nicht aufbringen, wie SPD und FDP im privaten Bereich verhindern.

Im sozial-liberalen Ablenkungsmanöver gerät auch die Bundesanstalt für Arbeit zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik. Sicher ist auch die Bundesanstalt für

Arbeit verbesserungsfähig, aber ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem Präsidenten Josef Stingl und seinen Mitarbeitern danken. Sie haben die Arbeitsämter zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb gemacht. Dafür, daß in der Arbeitslosenstatistik so schlechte Nachrichten enthalten sind, kann Josef Stingl nichts. Und daß das Geld der Bundesanstalt nicht langt, liegt nicht an Stingl, sondern an der Arbeitslosigkeit. Dabei ist der Haushalt der Bundesanstalt schöngefärbt. Die Berechnungsgrundlagen wurden kurzerhand geändert.

Der Haushalt geht von der Fiktion einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 1,085 Millionen aus. Legt man richtigerweise die Prognose des Jahreswirtschaftsberichtes — 1,2 Millionen Arbeitslose — zugrunde, so ergibt allein diese Korrektur einen Mehrbedarf für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe von rund 1,5 Milliarden DM.

Warum wurde der Haushalt der Bundesanstalt nicht, wie es richtig gewesen wäre, vor der Bundestagswahl fertiggestellt und veröffentlicht? Pflicht (§ 217 AFG) wäre es gewesen, den Haushalt bis zum 1. September 1980 fertigzustellen. Die Bundesregierung lieferte der Bundesanstalt für Arbeit aber erst die sogenannten Eckdaten (für 1981 zu erwartendes Bruttosozialprodukt, Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter, Zahl der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen) am 3. Dezember 1980. So umging die Bundesregierung die Peinlichkeit, vor dem 5. Oktober die arbeitsmarktpolitische Wahrheit zu sagen.

SPD und FDP haben einen Wahlkampf geführt unter der Devise: Nach dem 5. Oktober die Sintflut. Und jetzt gilt: Rette sich, wer kann.

HANSHEINZ HAUSER

Orientierungslose Mittelstandspolitik

In der Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 1981 führt der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld), u. a. folgendes aus:

Kein Wort verliert die Regierung über die ca. 9 000 Konkurse im Jahre 1980 — immerhin fast 10 % mehr als im Vorjahr. Die dem zugrundeliegende Kapitalauszehrung der mittelständischen Unternehmen wird gleichfalls nicht angesprochen. Die Bundesregierung scheint den Zusammenhang zwischen dieser Problematik und der Arbeitslosigkeit nicht zu sehen, obwohl durch die Konkurse allein im letzten Jahr 225 000 Arbeitsplätze vernichtet worden sind.

Deshalb muß die unternehmerische Ertragskraft wieder gestärkt werden. Die Steuerpolitik muß mittelfristig zur Förderung der Wachstumsbedingungen sowie der Investitions- und Risikobereitschaft der Unternehmen eingesetzt werden.

Wir müssen die Leistungsbereitschaft unserer Arbeitnehmer wieder aktivieren durch Leistungsanreize.

Wir brauchen einen Gesinnungswandel im Hinblick auf unser soziales Leistungssystem, weil sich Anspruchsdenken an die Allgemeinheit breitmacht, wo eigentlich eigene Leistungsbereitschaft gefordert werden müßte.

Die auch in der Mittelstandspolitik orientierungslose Bundesregierung hat bestenfalls eine Wetterfahne angeboten, wo ein Kompaß nötig gewesen wäre.

■ INFORMATION/ KOALITION

Bahr wirft der Regierung Versagen im Wahlkampf vor

Der scheidende SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr hat die Bundesregierung indirekt als mitschuldig an dem für die SPD unbefriedigenden Ausgang der Bundestagswahl am 5. Oktober letzten Jahres bezeichnet. In einem vertraulichen Bericht für die Parteiführung spricht Bahr von einem thematischen Defizit im innenpolitischen Bereich. Dies habe neben anderen Faktoren dazu geführt, daß die CDU/CSU-Opposition in der Schlußphase des Wahlkampfes die Offensive habe ergreifen können.

Mehr in die Familien investieren

In einem Appell an die Bundesregierung hat der Vorsitzende der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Norbert Blüm, zu einer familienorientierten Politik aufgefordert. „Die Zeit der großen Sozialaufgaben in der Bundesrepublik ist vorbei“, erklärte Blüm auf einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. Die Politiker müßten erkennen, daß es in der jetzigen Situation gelte, mit knappen Mitteln auszukommen, ohne die Bedürftigen zu benachteiligen.

Er sprach sich auch für eine „stärkere Investition in die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen Bürgers“ aus. Dies bedeute für die Bundesregierung mehr in die Familie und in die Stützung ihrer Eigenständigkeit zu investieren. Nur die

Familie sei imstande, den notwendigen Leistungswillen und die nötige Partnerschaft im sozialen Zusammenleben zu gewährleisten.

255 000 Arbeitsplätze gingen durch Pleiten verloren

Rund 255 000 Arbeitnehmer haben nach Darstellung der Wirtschaftsauskunftei Creditreform 1980 ihren Arbeitsplatz infolge von Firmenpleiten verloren. Die Mehrzahl davon mußte eine längerfristige Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Für 1981 werden infolge der zu erwartenden Wachstumsschwäche erneut zahlreiche Unternehmenszusammenbrüche erwartet.

Abschreckung nicht gleich Kriegführung

Kritik an der sicherheitspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik hat der Direktor des Londoner Instituts für strategische Studien, Christoph Bertram, geübt. In einem Beitrag für die „Bremer Nachrichten“ schreibt Bertram, in dieser Diskussion werde „oft leichtfertig die Unterscheidung zwischen Abschreckung und Kriegführung verwischt und damit aufgegeben“. Die Diskussion in der Bundesrepublik müsse raus aus ihrer gegenwärtigen Sackgasse, in der Abschreckung und Kriegführung in einen Topf geworfen würden und damit Gefahr liefen, „das Kind unserer Sicherheit mit dem Bade nuklearer Emotionen auszuschütten“.

Mangelnde Strafverfolgung bei Hausbesetzungen

Die CDU/CSU hat sich gegen nicht ausreichende Strafverfolgungen im Zusammenhang mit Hausbesetzungen und

Demonstrationen gewandt und ein verschärftes Durchgreifen von Polizei und Staatsanwaltschaft gefordert. Nach einer Sitzung des Rechtsausschusses des Bundestages, bei der in Bonn unter anderem Staatsanwälte über jüngste Demonstrationen berichteten, erklärten die CDU/CSU-Abgeordneten Benno Erhard und Eicke Götz, man könne bereits von einer „Kapitulation der Strafrechtspflege“ sprechen. Nach den Schilderungen der Staatsanwälte sei zum Beispiel die Durchsuchung eines besetzten Hauses nach Diebesgut nicht mehr möglich, weil sich die Polizei nur noch mit Übermacht an solche Objekte heranwagen könne. Auch Festnahmen und die Überführung von Tätern seien nur noch in begrenztem Umfang möglich.

„Stern“ macht Angst

Die Veröffentlichung in der jüngsten Ausgabe des Magazins „Stern“ über Atomwaffendepots dient nach Auffassung des CDU-MdB Marx dazu, den Menschen Angst zu machen.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages sagte unter anderem, die Bundesregierung habe vor fast zwei Jahren erklären lassen, die Beschreibung von Atomwaffenlagern berühre „aufs höchste“ die schutzwürdigen Geheimnisse der Bundesrepublik.

Marx hält ein „Zusammenspiel“ zwischen dem Osten sowie westlichen „Friedensorganisationen“, Umweltschützern und Medien für möglich. „Leider schämen sich manche, die großen öffentlichen Einfluß haben, nicht, in Ost-Berlin präpariertes Propagandamaterial unter Ausnutzung der Pressefreiheit im Westen unter die Leute zu bringen“, meinte Marx.

Willi Weiskirch, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, erklärte ergänzend, der Generalbundesanwalt werde festzustellen haben, ob die Veröffentlichung des „Sterns“ den Tatbestand der Offenbarung von Staatsgeheimnissen erfülle oder nicht. Indem die Illustrierte die Bundesrepublik Deutschland als ein mit Atombomben vollgestopft, höchst gefährliches Territorium darstelle, das im Falle kriegertischer Verwicklungen überdies das erste Ziel vernichtender sowjetischer Atomschläge sein werde, schüre sie die Aversion gegen unsere amerikanischen Verbündeten, in deren Zuständigkeit ja das in der Bundesrepublik Deutschland lagernde Nuklearmaterial liege. Vor diesem brisanten politischen Hintergrund werde die Frage, ob im „Stern“ Staatsgeheimnisse verraten worden seien oder nicht, schon fast belanglos. Wer Ängste wecke und Emotionen gegen die Amerikaner provoziere, unterminiere unsere Verteidigungsvorsorgen gegenüber der hochgerüsteten Sowjetunion.

Zensur durch Technik

Die Bundesregierung ist von der CDU/CSU aufgefordert worden, die Kritik der Monopolkommission an der Unternehmenspolitik der Post „schnellstens zu berücksichtigen“. Professor Hans Hugo Klein, Rechts- und Medienexperte der Unionsfraktion, sagte: „Die Post hat auf dem Endgerätemarkt nichts zu suchen. Alles was über einen einfachen Telefonapparat hinausgeht, muß der privaten Wirtschaft überlassen bleiben.“

Bei Gemeinschaftsantennen ende die Kompetenz der Post an der Grundstücksgrenze. Selbst die Netzträgergesellschaft bei der Post sei als Monopol

„nur so lange tolerabel, wie die technischen Möglichkeiten dies noch erfordern“, erklärte Klein. Sollte die Regierung sich den Ratschlägen der Monopolkommission verschließen, werde die Union auf Bundes- und Länderebene Gesetzentwürfe vorlegen, um die Aufgaben der Post neu zu regeln.

Der CDU-Politiker warf der Regierung vor, „Zensur durch Technik“ auszuüben. Klein spielte damit auf die „Verknappung von Kommunikationsmöglichkeiten“ durch den Verkabelungsstopp vom September 1979 an. Er kritisierte Pläne der Post, im 12-Giga-Hertz-Bereich, über den künftig Satellitenprogramme ausgestrahlt werden sollen, erdgebundene Sendungen zu verbreiten. „In diesem Fall könnte die Post den Erdfunk zur gezielten Störung der Satellitenprogramme benutzen“, meinte Klein.

Strengere Verhaltensregeln für Politiker

Der Kandidat der Berliner CDU für das Amt des Regierenden Bürgermeisters bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 10. Mai, Richard von Weizsäcker, hat strengere Verhaltensregeln für Politiker gefordert, um der „Parteibuchwirtschaft und Ämterpatronage“ ein Ende zu machen, die Gewaltenteilung und klare Verantwortlichkeiten in Berlin verwischt hätten. Politiker hätten sich dem Verdacht ausgesetzt, daß sie für ihre eigenen Interessen nachhaltiger sorgten als für das Gemeinwohl. Diese Versuchung sei bei einer Partei am größten, die über Jahrzehnte die politische Führungsrolle innehatte. Weizsäcker gab mehrere Anregungen:

Abgeordnete sollten aus ihrem Mandat im privaten Beruf keine Vorteile ziehen

können; Senatsmitglieder und weisungsgebundene Beamte sollten selbst nicht in Verwaltungs- und Aufsichtsräten öffentlicher Wirtschaftsunternehmen tätig sein, vielmehr unabhängige und sachkundige Personen; die Diäten für die Abgeordneten sollten nicht mehr von diesen selbst, sondern von einem „unabhängigen Gremium“ festgesetzt werden.

FDP läßt „Leitende“ im Stich

Zu kürzlichen Ausführungen von FDP-Generalsekretär Verheugen vor der Union der Leitenden Angestellten zum Problem der Vertretung dieser Gruppe im Rahmen der Mitbestimmung erklärt der CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg: Seit der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes 1971, bei der die FDP gemeinsam mit der SPD eine eigenständige Vertretung der Leitenden Angestellten im Rahmen der Betriebsverfassung verhinderte, wird diese Gruppe von der FDP immer wieder mit falschen Versprechungen hingehalten. Sowenig wie bei der Betriebsverfassung vermochte die FDP bei der jetzt geplanten Sonderregelung für den Montanbereich die Belange der Leitenden Angestellten zu vertreten. Dieses Verhalten steht in einem schroffen Gegensatz zu den bei jeder Wahl gegebenen Versprechungen. Der FDP-Generalsekretär muß sich daher nicht wundern, daß seine Zuhörer ihm keinen Glauben schenken, als er mit Interpretationskünsten seine Aussagen gegen die Regelung der Vertretung der „Leitenden“ im Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 zu vernebeln versuchte. Klarheit hat er insofern geschaffen, daß die Leitenden Angestellten der FDP keinen Konflikt mit der SPD wert sind.

■ WOHNUNGSBAU

SPD-Papier ein Dokument der Ratlosigkeit

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf dem Gebiet der Wohnungspolitik ein Dokument der Ratlosigkeit vorgelegt, erklärte MdB Friedrich-Adolf Jahn, Sprecher der Bundestagsfraktion für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:

Die SPD will zusätzliche öffentliche Mittel in den Wohnungsbau fließen lassen, die es gar nicht gibt.

Sie will öffentliche Mittel umverteilen, sagt aber nicht, wem sie etwas geben und wem sie etwas nehmen will.

Sie fordert, daß das eigengenutzte Eigentum bevorzugt gefördert wird gegenüber fremdgenutztem Eigentum, ist aber nicht bereit, dem eigennutzenden Eigenheimer die vielfach schon günstigere Normalbesteuerung des vermietenden Eigentümers zuzugestehen. Im Gegenteil — nun soll auch dem Eigentümer eines Zweifamilienhauses im Falle der Eigennutzung die Normalbesteuerung verweigert werden.

Sie hält an der Politik der Förderung des Besitzstandes fest, obwohl sich diese immer gravierender zu Lasten der Wohnungssuchenden auswirkt. Die von der CDU/CSU aus Gründen der Gerechtigkeit angestrebte schrittweise Gleichstellung der Sozialmieter mit den über sieben Millionen sozialwohnungsberechtigten Haushalten, die keine Sozialwohnung haben, bezeichnet sie als Bestrafung der drei Millionen Inhaber einer Sozialwohnung.

Die von der CDU/CSU geforderte schrittweise Heranführung der Sozialmieten an die ortsüblichen Vergleichsmieten lehnt die SPD mit der unzutreffenden Behauptung ab, dies führe zu Einkommensüberprüfungen bei rund fünf Millionen Haushalten. Dabei weiß sie ganz genau, daß es in Sozialwohnungen allenfalls drei Millionen berechnigte Haushalte gibt, daß von diesen ein ganz erheblicher Teil bereits Wohnungsgeldempfänger ist, und daß bei den Sozialwohnungen der 70er Jahre die Mieten schon heute vielfach über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Mit den von der SPD gemachten Vorschlägen ist im Wohnungsbau nichts zu bewegen. Von Marktwirtschaft ist bei den Vorschlägen nichts zu spüren. Sie stehen im krassen Widerspruch zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers, der versprach, den Wohnungsbau durch Einführung marktwirtschaftlicher Elemente zu beleben.

*

Die CDU/CSU hatte im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft einen Antrag zur Förderung des studentischen Wohnraumbaus eingebracht. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der Bundestagsfraktion, MdB Anton Pfeifer, erklärte dazu: Der Beschluß der Bundesregierung, sich aus dem mit den Ländern vereinbarten Förderungsprogramm für den Studentenwohnraumbau zurückzuziehen, kommt ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem eine bislang nicht dagewesene Unterversorgung auf dem Wohnungsmarkt für Studenten zu erwarten ist. Die CDU/CSU befürwortet es deshalb, daß die unionsregierten Länder ihre Landesmittel am Studentenwohnraumbau trotz der Kürzungen des Bundesanteils nicht reduziert haben, sondern beibehalten wollen.

■ DEUTSCHE NATION

Überwindung der Teilung ist nur in Freiheit möglich

Zur jüngsten deutschlandpolitischen Erklärung des SED-Generalsekretärs, Erich Honecker, stellt der Parteivorsitzende Helmut Kohl fest:

Mit der Erklärung der SED, daß sich für sie an dem Tag, „an dem die Werktätigen der Bundesrepublik an die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland gehen, die Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten vollkommen neu“ stelle, widerlegte Honecker alle diejenigen in den Regierungsparteien, die sich seit Jahr und Tag darum bemühen, den Gedanken der nationalen Einheit aus dem öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen. Dieser Vorstoß zeigt, daß der Gedanke der deutschen Einheit aus der deutschen Politik nicht ausgeklammert werden kann, und daß seine Preisgabe einer offensiven nationalen Politik der DDR den Weg ebnet.

Dieser Vorstoß Honeckers muß als eine Reaktion auf Äußerungen führender Politiker aus den Regierungsparteien gewertet werden, die die Haltung der Bundesrepublik Deutschland in der Frage der deutschen Staatsbürgerschaft wie auch das Festhalten an der Einheit der Nation überhaupt in Frage gestellt haben.

Die deutschlandpolitische Untätigkeit der Bundesregierung hat ein Vakuum geschaffen, das die SED offensichtlich ermutigt hat, den Einheitsgedanken erneut für sich zu beanspruchen. Entge-

gen allen Bemühungen um völkerrechtliche Abgrenzung zeigt sich hier, daß eine Haltung der Gleichgültigkeit gegenüber einer geschichtlichen offenen Frage nicht möglich ist. Der Mangel an politischer Phantasie und politischem Willen, den die Bundesregierung gerade auch in der Deutschlandpolitik gezeigt hat, bietet eine offene Flanke, die die SED geschickt zu nutzen versucht.

Der außergewöhnliche Beifall der SED-Funktionäre auf diese Stellungnahme Honeckers beweist, daß bei den Deutschen auch jenseits der innerdeutschen Grenze der Wille zur Einheit nach wie vor vorhanden ist.

Durch diesen Vorstoß Honeckers sieht sich die CDU in ihrer Forderung bestätigt, der Deutschlandpolitik endlich wieder den ihr zukommenden Rang zu geben. Es bleibt die Aufgabe der Deutschlandpolitik, die deutsche Teilung in Freiheit zu überwinden.

MdB Norbert Blüm stellte zum gleichen Thema fest: Mit großer Gelassenheit und Selbstsicherheit nehmen wir die öffentliche Herausforderung des SED-Parteichefs Erich Honecker an, der Sozialismus werde eines Tages an die Tür der Bundesrepublik Deutschland klopfen; denn die Bundesrepublik Deutschland braucht als moderner Sozialstaat und freier Rechtsstaat im Wettkampf der Systeme den Vergleich mit einem sich national gebärdenden Kommunismus nicht zu scheuen.

■ RENTEN

Ehrenbergs Schönfärberei irritiert und verunsichert

Im Vorgriff auf den Rentenanpassungsbericht 1981 bemüht sich das Bundesarbeitsministerium zur Zeit hinsichtlich der zukünftigen Finanzlage der Rentenversicherungsträger, und damit für die Rentenreform 1984, eine optimistische Prognose zu verbreiten.

Selbst bei den bescheidenen Annahmen im Jahreswirtschaftsbericht für die Lohnsteigerungen sieht Bundesarbeitsminister Ehrenberg erst 1990/91 Defizite. Berechnungen im Ministerium und bei den Rentenversicherungsträgern sollen diese Theorie unterstützen. Die Rechnungen wurden bisher nicht veröffentlicht, aber in Fachkreisen ist bekannt, daß man durch Manipulation der Annahmen die Rentenversicherungsträger „reich“ aber auch „arm“ rechnen kann, stellt MdB Heinz Franke in Bonn fest.

Nüchterne Beobachter der Rentenszene sehen im Gegensatz zum Bundesarbeitsminister schwerwiegende finanzielle Probleme auf die Rentenversicherung zukommen. Die ungünstige Konjunkturlage, höhere Arbeitslosenzahlen, mehr Frührentner, längere Lebenserwartung und voraussichtlich niedrigere Lohnsteigerungsraten in der Zukunft dürften sich mittelfristig negativ auf die Rentenversicherungsfinanzen auswirken.

Die Annahme einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von sechs Prozent, die zumindest bis 1985 zu einer Steigerung der Rücklagen von 1,9 auf 2,2 Monatsausgaben führen würde, ist sicherlich zu optimistisch. Realistischer erscheint eine jahresdurchschnittliche Lohnannahme von fünf Prozent, die aber schon 1985 zur Mindestrücklage von einer Monatsausgabe führt. Eine Liquiditätsenge wird voraussichtlich sogar noch früher eintreten.

Der Bundesarbeitsminister betreibt, dies zeigt sich erneut, seine alte Politik der „Schönfärberei“, obwohl sein Vorgänger und er selbst mit dieser Politik, die letztlich die einschneidenden Sanierungsgesetze — 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz — erforderlich machte, gescheitert sind. Ehrenberg ist aber offensichtlich zu einer Politik des übersteigerten Optimismus gezwungen. Man will sich offensichtlich am eigenen Schopfe aus dem finanziellen Sumpf ziehen.

Ein Zugeben der wahren Lage der Rentenversicherungsträger würde nämlich deutlich machen, daß auch die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung mit einem Teilhabesatz von 70 Prozent nicht finanzierbar ist. Der Bundesarbeitsminister weiß es aber besser und vor allem früher, nur nachher sieht die Realität anders aus.

Bleibt festzuhalten: Unseriosität beherrscht die Regierungs-Rentenszene. Die Versicherten und Rentner werden hinsichtlich der Planung ihres Lebensabends immer stärker irritiert und verunsichert.

■ „FRIEDENSSTAFETTE“

Initiatoren dieser Bewegung sind von Kommunisten unterwandert

Die „Deutsche Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner e. V.“ will von Ende April bis Anfang Juni 1981 eine bundesweite „Friedensstafette gegen Atomraketen“ veranstalten.

Der Landesverband Baden-Württemberg kam nach einer ausführlichen Diskussion in einer Landesausschußsitzung am 13./14. Dezember 1980 übereinstimmend zu dem Ergebnis, sich an dieser „Friedensstafette“ zu beteiligen. Dafür soll u. a. eine „Rüstungskarte für Baden-Württemberg erstellt werden“. Alle dem Verband angeschlossenen Gruppen und Arbeitskreise „werden aufgefordert, eine Liste mit militärischen Objekten, Einrichtungen, geplanten Objekten, Rüstungsbetrieben etc. vor Ort oder Umgebung zu erstellen“. Im einzelnen gaben die Landesausschußmitglieder durch ihren Informationsdienst „südwest-kontakte“ 5/80 vom 29. Dezember 1980 u. a. folgende „Ideen“ zur Ausgestaltung der „Friedensstafette“ in Baden-Württemberg an „Gruppen, Aktive und Freunde“ anhand eines Verlaufsprotokolls ihrer Diskussionsrunde weiter:

- Karte(n) mit Vernichtungsschäden durch einen Angriff/Vergeltungsanschlag auf eine Mittelstreckenabschlußvorrichtung
- Appell an die Mitbürger betreffs Verantwortung der Gefahr, die von uns auf ein anderes Land zielt

— Sitzstreiks vor militärischen Einrichtungen

— Blockaden aller Art, z. B. Militärtransporte der DB

— Sabotage

— Steuerverweigerung

— Menschenteppiche, z. B. beim NATO-Ball in Stuttgart

— „Massensterben“ bei Sirenenalarm (Probealarm immer eine Minute ab 10 Uhr, Kriegslärm über Lautsprecher...)

— Aktionen in oder vor Rüstungsbetrieben, Rüstungsforschungsstellen.

Im „3. Protokoll“ der drei Arbeitskreise hierzu wird ein „Aktionsvorschlag“ behandelt. Unter Punkt 11 der zu ergreifenden „Mittel“ wird aufgeführt:

„Französische bzw. amerikanische Truppen sollten über ein Flugblatt in ihrer Sprache besonders angesprochen werden. Tenor: Wir wollen ihren ‚Schutz‘ nicht, wir fühlen uns durch ihre Anwesenheit bedroht. Wir wollen in Frieden leben, sie machen den Krieg wahrscheinlicher usw., Einladung zur Diskussion.“

Nach dem letzten Verfassungsschutzbericht von Bundesinnenminister Baum (FDP) gehört diese Gesellschaft zu den von der moskautreuen DKP beeinflussten Organisationen. Die meisten Mitglieder seien zwar nicht in der DKP, doch im Bundesvorstand der „Kriegsdienstgegner“ seien die meisten Positionen von DKPlern und SdAJlern besetzt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Der geschröpfte Bürger

Wenn sozialdemokratische Politiker vor neuen Haushaltsproblemen stehen, fällt ihnen zunächst meist nichts Besseres ein, als die Steuerschraube anzudrehen und die Bürger zu schröpfen. Auf den Gedanken, statt dessen den Bundeshaushalt noch einmal nach neuen Einsparungsmöglichkeiten zu durchforsten, ist man erst gar nicht gekommen.

Kölnische Rundschau, 20. 2. 1981

So entpuppt sich die schlecht konzipierte Benzin- und Dieselsteuer als ein Sonderopfer der Autofahrer — ein unsoziales obendrein, weil diejenigen mit niedrigem Einkommen am härtesten getroffen werden.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20. 2. 1981

Nach den Streitigkeiten der letzten Tage muß es für Helmut Schmidt geradezu ein Erfolgserlebnis gewesen sein,

daß SPD-Fraktion und Koalition bei dieser bisher unpopulärsten Maßnahme seiner neuen Amtszeit geschlossen hinter ihm standen.

Abendpost-Nachtausgabe, 20. 2. 1981

Die SPD ist auf dem besten Wege, den lange gehegten Verdacht zu bestätigen, daß sie die gewaltigen Finanzierungslücken vorwiegend mit Steuererhöhungen schließen wolle. Im Januar wurde der Rentenbeitrag zugunsten des Bundesetats angehoben. Am Donnerstag hat das Parlament der drastischen Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer zum 1. April zugestimmt. Am Dienstag hat sich die SPD-Fraktion für die Erhöhung der Sektsteuer um ein Drittel ausgesprochen, möglichst zum 1. Juli. Am Mittwoch hat sich der Obmann der SPD im Haushaltsausschuß, Rudi Walther, für die Erhöhung der Tabaksteuer um 20 Prozent eingesetzt. Das am Donnerstag verbreitete Dementi kann nur als Bestätigung dieser Pläne verstanden werden. Da bleibt die Frage, wann die SPD eine Mehrwertsteuererhöhung folgen lassen will. Was sagt eigentlich die FDP dazu?

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 2. 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID